

Die Stifterin

Reform. Österreich hat immer weniger Stiftungen – wie die neue Chefin des Stiftungsverbandes gegensteuern will

Der Run auf die Stiftungen ist längst vorbei. Knapp 4000 Stiftungen waren der Rekordstand. Doch Österreichs Reichen scheint die Lust zum Stiften vergangen sein, heute sind nur noch 3069 Stiftungen registriert.

Gründe dafür gibt es viele. Stifter fühlen sich steuerlich benachteiligt, haben Probleme mit den starren Strukturen und das öffentliche Image ist auch nicht das Beste. Intransparenz ist noch der freundlichste Vorwurf.



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft
von innen

Cattina Leitner will Ansehen und Attraktivität der Stiftungen verbessern. Die bestens vernetzte Juristin, Ehefrau von Andritz-Chef und Großaktionär **Wolfgang Leitner**, ist die neue Präsidentin des Österreichischen Stiftungsverbandes, kurz ÖStV. Die Mutter zweier erwachsener Kinder war lange Richterin in Graz, bevor sie eine zweite Karriere als Anwältin startete. In der Öffentlichkeit bekannt wurde Leitner als Spenderin (100.000 Euro) für die unabhängige Präsidentschaftskandidatin und Ex-Richterin **Irmgard Griss**.

Der leidenschaftlichen Juristin ist klar, dass viel Aufklärungsbedarf herrscht. Etwa warum jemand stiftet. „Um das Vermögen in Österreich zu halten, als Einheit im Ganzen. Dieser Zusammenhaltsgedanke, der prägt das Stiften.“

Aber wollen Stifter nicht auch das Erbe vor streitenden oder unfähigen Nachkommen schützen? „Eine Stiftung kann einen Streit nicht verhindern, aber das Vermögen vor den Auswirkungen eines Streits schützen“, stellt Leitner klar. Sie weiß, worüber sie spricht. Als Richterin verhandelte sie so manche hässliche Erbstreitigkeit.

Leitner bringt auch gesamtökonomische Argumente vor: „Ein wesentlicher Punkt ist der Schutz vor der Zersplitterung von Vermö-

gen. Das ist volkswirtschaftlich gesehen für den Standort Österreich besser.“

Stiftungen sozusagen als Bollwerk gegen Hedgefonds?

„Ja. Bei den Ambitionen ausländischer Investoren, etwa aus China, die versuchen, Beteiligungen zu bekommen,

war kein Unternehmen dabei, das zu einer Stiftung gehört.“

Hedgefonds sind gut im Aufspüren von Gelegenheiten. Der Familienzweist beim Seil-

bahn-Imperium Doppelmayr beispielsweise hätte durchaus mit dem Verkauf an eine Heuschrecke enden können, wäre das Unternehmen nicht durch eine Stiftung abgesichert gewesen.

Die Familie Leitner hat ihre Anteile am Andritz-Konzern natürlich auch in Stiftungen gepackt.

Versteinerung

Die türkis-blaue Regierung hatte schon an einer Lockerung des Stiftungsgesetzes gearbeitet, doch die Umsetzung ging sich nicht mehr aus. Wie lautet der dringende Wunsch an die neue Regierung? „Sich auf das Thema Stiftungen einzulassen, die Vorteile zu erkennen und aus diesem Blickwinkel Reformen zu beurteilen und umzusetzen.“ Stiftungen müssten „Teil der Standortpolitik werden“, die Regierung müsse sich fragen, „wie halten wir Stiftungen in Österreich und wie bringen wir ausländische Stiftungen nach Österreich?“

Leitner ortet ziemlichen Reformbedarf, etwa angesichts der „Versteinerung“ von Stiftungen. Derzeit erlischt das Recht, den Stiftungszweck zu ändern, mit dem Ableben des Stifters, „das lähmt die Stiftung oft“.

Als Beispiel nennt Leitner die Niedrigzinsen. So dürfe manche Stiftung nur in mün-



Cattina Leitner: Stiftungen als Bollwerk gegen Hedgefonds

FRANZ GRÜBER

delsichere Anleihen veranlassen, „der Stifter wollte den Zusammenhalt seines Vermögens, aber er wollte nicht, dass die Familie nichts bekommt“. Das Änderungsrecht dürfe „nach dem Ableben des Stifters nicht völlig erstarrt sein“.

Leitner plädiert außerdem dafür, den Einfluss der Familienmitglieder auf die (Familien)Stiftung und die Änderung des Stiftungszwecks zu stärken. Man könne allenfalls „darüber nachdenken, ob dafür eine gerichtliche Zustimmung notwendig sein soll“.

Mausefallen-Effekt

Die einst üppigen Steuervorteile wurden seit der Ermöglichung von Privatstiftungen vor 26 Jahren, übrigens durch den damaligen SPO-Finanzminister **Ferdinand Lacina**, schrittweise reduziert. Inzwischen fühlen sich viele Stifter durch die 2,5-prozentige Stiftungseingangssteuer benachteiligt. Das Einbringen von Vermögen in eine Stiftung werde wie eine Schenkung behandelt, aber „wir haben in Österreich doch keine Schenkungssteuer mehr“. Werde das Vermögen in Tochterstiftungen weiter gegeben, müsse wieder versteuert werden. Was viele potenzielle Stifter abschrecke, „die Steuerfrage ist sicher prohibitiv“. Anzunehmen, dass Stifter, die in der Alpenrepublik ihre Zelte abbrechen, deswegen ins steuerlich reizvollere Liechtenstein übersiedelten.

Wesentlich sind für Leitner auch die Arbeitnehmer-Stiftungen. Als Anwältin weise sie Stiftungskunden immer wieder auf diese Möglichkeit der Mitarbeiter-Beteiligung hin. Sie würde eine Stiftung grundsätzlich erst ab einem Vermögen von rund 10 Millionen Euro empfehlen.

Und was meint sie zur Forderung so mancher Industrieller, die wieder aus ihren Stiftungen raus wollen, den Exit steuerlich zu begünstigen? „Mein Thema ist die Attraktivität von Stiftungen und nicht, wie man Stiftungen obsolet macht.“ Alles klar.

Überblick

WEITERE MELDUNGEN

Aufsicht muss RBI Strafe zurückzahlen

2,7 Mio Euro. Die Raiffeisen Bank International (RBI) hat sich vor dem Verwaltungsgerichtshof (VwGH) gegen eine FMA-Geldstrafe in der Höhe von 2,7 Mio. Euro durchgesetzt. Der VwGH hob laut *Presse* den Bescheid wegen eines Formfehlers auf

lich mit der Sache beschäftigt. Der VwGH bemängelte stattdessen, dass die FMA einen Alternativvorwurf erhoben und damit gegen das sogenannte Bestimmtheitsgebot verstoßen habe, also dass sie nicht klar genug zum Ausdruck gebracht habe, wogegen die RBI tatsächlich verstoßen haben soll. Die FMA hatte einen Verstoß

Hochphase am Bau hält 2020 an

Wienerberger. Den aktuellen Bauboom spürt auch der 200 Jahre alte Ziegelproduzent Wienerberger. „Dieses Jahr ist das erste Mal, dass wir über den Winter in allen Werken 100 Prozent Auslastung haben“, sagt Österreich-Geschäftsführer **Mike Bucher**

lung erwartet er erst ab 2021. Der Markt in Österreich befindet sich derzeit in einer Hochphase. „Dass wir zusätzliche Kapazitäten brauchen, ist nicht der Fall“, sagte der Unternehmenschef. Denn nach dem kommenden Jahr könnte es beim Auftragsvolumen in der gesamten Branche einen leichten Rückgang um drei bis fünf Prozent

32 Mrd. Euro für deutsche Konzerne

Beteiligungskapital. Private-Equity-Investoren stellten im ablaufenden Jahr 2019 rund 32 Milliarden Euro an Beteiligungskapital für deutsche Konzerne zur Verfügung. Das ist laut einer Studie des Beraters EY die höchste Summe seit Ausbruch der Finanzkrise

Megadeals, allen voran der Einstieg des US-Finanzinvestors KKR, der mit 4,9 Milliarden Euro mehr als 40 Prozent des Medienkonzerns Axel Springer übernommen hat. Auf Platz zwei folgt der Kauf von AutoScout24 für 2,9 Milliarden Euro durch US-Finanzinvestor Hellman & Friedman. Die Zahl der Deals sank von 229 auf 219. Acht